

Juni 2021

Gipfel-Berichte

Europabüro

Im Westen viel Neues. Geeint in ein herausforderndes Jahrzehnt!?

Der NATO und der EU-US Gipfel am 14. und 15. Juni 2021 in Brüssel

Dr. Hardy Ostry, Jana Bernhardt, Anton Degenfeld

NATO 2030 Gipfeltreffen

Hintergrund

Vom ehemaligen US-Präsident Donald Trump als „obsolet“, von Frankreichs Präsident Emmanuel Macron als „hirntod“ bezeichnet, musste die NATO (North Atlantic Treaty Organisation) in den letzten Jahren einige Rückschläge verkraften. Unter der US-Präsidentschaft Joe Bidens und dessen offenem Bekenntnis zur zentralen Stellung der NATO sowie für das Bündnis zugespitzten geopolitischen Veränderungen, gewinnt das transatlantische Bündnis nun wieder an neuer Bedeutung. Und damit war der Ton für den NATO-Gipfel wie den sich anschließenden EU-USA Gipfel in Brüssel bereits gesetzt.

Gegründet als zwischenstaatliche Organisation gleichberechtigter und souveräner Mitgliedsstaaten zur Zeit des Kalten Krieges musste das Bündnis sein strategisches Konzept im Laufe der Jahrzehnte immer wieder an globale Veränderungen anpassen.

Auch heute bedarf es eines neuen Anstrichs, weshalb NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg eine paritätisch besetzte Reflexionsgruppe unter dem

Co-Vorsitz von Wess Mitchell, amerikanischer Außenpolitik-Experte und ehemaliger Diplomat, und Dr. Thomas de Maizière, Mitglied des Bundestages und ehemaliger Verteidigungsminister, eingesetzt hatte. Diese veröffentlichte im Dezember letzten Jahres einen Bericht zur Zukunft der NATO, *NATO2030 - „United for a New Era“*. Kernüberlegungen waren, wie sich die NATO – einmal wieder – strategisch anpassen, mehr politisches Gewicht und eine hörbarere Stimme auf internationaler Ebene erlangen könnte.

Die Welt steht vor Herausforderungen wie dem Aufstieg Chinas, Russlands destabilisierendem Verhalten, vermehrten Cyber-Attacken, Covid-19, Terrorismus und Sicherheitsrisiken. Von nuklearer Proliferation gehen große Gefahren aus, und auch der Klimawandel birgt Sicherheitsrisiken. All diese Entwicklungen stellen neue Herausforderungen dar, die mittels der neu erarbeiteten Strategie angegangen werden sollen.

Auf der Agenda des Gipfels stand also insbesondere die Vertiefung der politischen Konsultation und Koordination der NATO sowie die Frage wie Abschreckung und Verteidigung gestärkt werden könnten. Einen großen Faktor

bei der Umsetzung einer zeitgemäßen NATO stellt hierbei der Umgang mit neuen Technologien dar. Wie kann die Gemeinschaft eine verbesserte Widerstandsfähigkeit erlangen, und wie können die auf der internationalen Ordnung basierenden Regeln aufrechterhalten werden? Ausbildungsprozesse, aber auch die Kapazitätenverteilung müssen optimiert werden. Zudem sind Mechanismen zur Bekämpfung, aber zum Umgang mit dem Klimawandel zu schaffen.

Der NATO-Gipfel, der in diesem Jahr wieder in Vollpräsenz stattfand, soll als Startschuss für ein neues strategisches Konzept für das nächste Jahrzehnt dienen.

Entwicklung

Nachdem sich NATO-Generalsekretär, Jens Stoltenberg, in Einzelgesprächen sowohl mit Premierminister Justin Trudeau als auch dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Joe Biden, kurz ausgetauscht hatte, eröffnete er den Gipfel mit einer offiziellen Begrüßung. Anschließend tagten alle beteiligten Staats- und Regierungschefs des Nordatlantikrats.

Stoltenberg zeigte sich auf der den Gipfel abschließenden Pressekonferenz hinsichtlich der Einheit unter den Staats- und Regierungschefs bezüglich der neu getroffenen Entscheidungen zuversichtlich und zufrieden. Dreh- und Angelpunkt dabei: der starke Zusammenhalt der Mitglieder bezüglich der Verteidigung westlicher Werte und der Werte der NATO, beruhend auf der UN-Charta. Positionen müssten deutlich gemacht, Missverständnisse vermieden und Eskalationen verhindert werden, so der Tenor.

Vor allem auf China und Russland wurde immer wieder stark Bezug genommen. Zu China sei das Verhältnis auf dem tiefsten Punkt seit dem Kalten Krieg, und Moskaus aggressive Aktionen stellten eine scharfe Bedrohung der Sicherheit dar. Auch deshalb sei es wichtig, in Solidarität mit der Ukraine und Georgien zu stehen, die beiden Staaten näher an die NATO heranzurücken und zu unterstützen.

Der wachsende Einfluss Chinas auf die internationale Politikgemeinschaft stelle weiterhin Risiken für die Sicherheit des Bündnisses dar. Nicht nur aufgrund des rapiden Ausbaus seines nuklearen Arsenal mit ausgefeilten Trägersystemen, vor allem aber aufgrund der militärischen Kooperation mit Russland und zugehörigen militärischen Übungen im euro-atlantischen Raum und nordatlantischen Gewässern als Demonstration der Macht und der militärischen Überlegenheit.

China müsse verantwortungsvoll im internationalen System, im Weltraum, im Cyberspace sowie im maritimen Raum agieren. Es gebe laut den Verbündeten verschiedene Möglichkeiten, den Dialog und den Handel mit China auszubauen und dennoch an einer Rüstungskontrolle zu arbeiten. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich daher für NATO2030 darauf, sicherzustellen, dass das Bündnis den Bedrohungen und Herausforderungen von morgen begegnen kann.

Im Zentrum der Ergebnisse des Gipfels stand das 79 Artikel umfassende Abschluss Kommuniqué, das die zu acht zuvor festgelegten Schlüsselbereichen die Beschlusslage zusammen-

fasste. Darüber hinaus verabschiedeten die 30 Staats- und Regierungschefs eine Erklärung zur verstärkten Resilienz-Verpflichtung und einen Klimawandel und Sicherheitsaktionsplan.

Mit Blick auf die acht Schwerpunktbereiche legte sich das Bündnis wie folgt fest: Erstens gilt es, die NATO als transatlantisches Forum für Konsultationen und gemeinsames Handeln in allen Fragen, die die euro-atlantische Sicherheit betreffen, auszubauen. Zweitens müssten Abschreckung und Verteidigung intensiviert werden, indem die NATO als Verteidigungsrahmen des europäischen Raums gestärkt wird. Drittens soll die Resilienz der Gemeinschaft gestärkt werden und konkrete nationale Ziele zum Schutz kritischer Infrastrukturen hervorgehen.

Der vierte Punkt umfasst den Ausbau des technologischen Vorsprungs und die Zusammenarbeit mit Start-ups, Industrien und Universitäten. Diese seien für die Förderung der transatlantischen Zusammenarbeit unabdingbar. Hierbei kam es zu einer Vereinbarung über einen NATO-Innovationsfonds zur Arbeit an neu entstehenden disruptiven Technologien. Das fünfte Ziel stellt die Intensivierung der Arbeit zur Aufrechterhaltung und Verschärfung von Regeln in der nationalen Ordnung dar. Zu diesem Zweck erfordere es gestärkte Partnerschaften mit Asien-Pazifik, Neuseeland, Japan, Süd-Korea, Australien, die Etablierung neuer Beziehungen mit Afrika, Lateinamerika und Asien sowie eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Europäischen Union.

Auch über den sechsten Punkt waren sich die Staats- und Regierungschefs

einig. Nämlich, dass der Auseinandersetzung mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse. Dabei spiele auch die Selbstüberwachung eine entscheidende Rolle: die regelmäßige Bewertung der Auswirkungen des Klimawandels auf Einrichtungen, Missionen und andere Aktivitäten der NATO. Auch die Einbeziehung in die Verteidigungsplanung und -vorbereitung sowie die Entwicklung einer Methodik für die Erfassung von Treibhausgasen aus militärischen Aktivitäten sei von enormer Brisanz. Alle Verbündeten haben sich darauf geeinigt, konkrete Ziele zu setzen, um zum Ziel der Net-Zero-Emissionen bis 2050 beizutragen. Der kanadische Premierminister Justin Trudeau erklärte sich dazu bereit, diesbezüglich ein Gipfeltreffen in seinem Heimatland auszurichten.

Die Einigung auf das neue Konzept bildet den achten und finalen Punkt. Die NATO2030-Agenda setzt ein höheres Ambitionsniveau und gibt klar eine Richtung für die Zukunft der Anpassung ihrer Linien vor. Nationale Verteidigungsausgaben sollen erhöht und die gemeinsame Finanzierung damit gestärkt werden. 260 Milliarden US-Dollar sollen zusätzlich für die Verteidigung ausgegeben werden. Auf dem nächsten NATO-Gipfel 2022 soll neben dem Strategischen Konzept der spezifische Bedarf an zusätzlichen Mitteln bis 2030 und die Auswirkungen auf die Ressourcen im NATO-Militärhaushalt, im NATO-Sicherheitsinvestitionsprogramm und im Zivilhaushalt vereinbart sowie mögliche Effizienzmaßnahmen identifizieren werden. Das Strategische Konzept ist dabei keineswegs ein komplett neu geschaffenes, sondern es fußt auf dem strategischen Konzept von 2010.

Außerdem soll für eine gerechtere Lastenteilung zwischen den Verbündeten gesorgt werden. Es bedarf also mehr gemeinsamer Investitionen und Ressourcen, um den Anforderungen in einem anspruchsvollen Sicherheitsumfeld begegnen zu können.

Die wachsenden Verteidigungsausgaben sollen in NATO-Missionen, gemeinsamem Training sowie Führung und Kontrolle fließen. Im Vorfeld des Gipfels stand alleinig der Ausbau des Bereichs Militär zur Diskussion. Nun erfolgte die Einigung darüber, ebenso die Infrastruktur und den Aufbau von Kapazitäten für die Partner zu stärken. Mit dem anstehenden Rückzug der NATO-Truppen aus Afghanistan betonte Stoltenberg seine Wertschätzung für alle, die daran beteiligt waren. Zudem bekräftigten die Staats- und Regierungschefs ihre finanzielle Unterstützung für afghanische Kräfte und Institutionen. Der Cyber- und der Weltraum stehen als weitere Handlungsfelder im Fokus des Bündnisses. Der Weltraum und der Cyberspace sind stark umkämpft, weswegen dafür gesorgt werden soll, dass starke technische Fähigkeiten erreicht werden, um die Systeme in allen Bereichen sicherer zu machen. Dabei soll nun also neben Land-, See- und Luftraum, auch der Cyberraum im Rahmen einer neuen Cyberverteidigung einbezogen werden.

Kommentar

Die größten Bedrohungen für den Westen kommen von denjenigen, die unsere europäischen oder westlichen und demokratischen Werte nicht teilen. Bündnisse können als Garanten für Frieden dienen. Dies aber nur, wenn diese Bündnisse stark und ihre Werte von den Beteiligten einheitlich geteilt und gestützt werden. Die

NATO geht – so Stoltenberg – über politische Einzelfiguren hinaus. Eine starke gegenseitige Unterstützung ist daher von großer Bedeutung.

„America is back.“ Dies betonte Joe Biden bereits auf der Münchener Sicherheitskonferenz. Doch auch auf dem NATO-Gipfel machte er diesen Zuspruch deutlich. Durch die zurückgewonnene Unterstützung der USA, gewinnt die NATO sicherlich an Potenzial, zu einem gestärkten Bündnis zu erwachsen. Dennoch mahnte Dr. Thomas de Maizière im Rahmen eines Online-Event des Europabüros der Konrad-Adenauer-Stiftung, „Alle wieder an Bord? Der NATO Gipfel als Kursbestimmung nach schwierigen Jahren“, die „neue“ Rolle der USA nicht zu überschätzen. Es würde sich nicht grundlegend alles ändern, nur weil der neue Präsident der USA großer Unterstützer der transatlantischen Beziehungen ist.

Mit dem türkischen Präsidenten, Recep Tayyip Erdoğan, saß Präsident Joe Biden knapp eine Stunde zusammen. Dies wurde von Beobachtern mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, jedoch drangen die Inhalte des Gesprächs nicht an die Öffentlichkeit. Die positive Beurteilung des Gesprächs seitens Biden lässt einen kleinen Hoffnungsschimmer auf Besserungen der seit Jahren schwierigen, aber wichtigen Türkei-USA Beziehungen aufflackern.

Bereits der NATO-Gipfel selbst schaffte Konflikte. So fühlte sich China nicht nur angegriffen, sondern auch verleumdet und warf dem Bündnis vor, es würde Bedrohungstheorien verbreiten. Der Dialog mit China und Russland muss also dringend gesucht werden. Denn nicht nur innerhalb des

Bündnisses, sondern auch auf globaler Ebene bedarf es einer nachhaltigen Zusammenarbeit und Kommunikation, die über die einfache Koexistenz hinausgeht. So sollte die Prävention einer Intervention, wie bisher gehandhabt, vorgezogen werden und diese Herangehensweise als grundlegende Leitlinie zur Vorbeugung und Bewältigung von Krisensituationen festgelegt werden. Die NATO sollte sich zum Leitspruch machen, dass Prävention immer besser ist als Intervention.

Es gilt nun die Weichen für das nächste Jahrzehnt und darüber hinaus zu stellen. Dies hatte sich die von Jens Stoltenberg eingesetzte Reflexionsgruppe zum ambitionierten Vorhaben gemacht. Und genau dies strebten die am Gipfel beteiligten Staats- und Regierungschefs gemeinsam mit Generalsekretär Jens Stoltenberg weiterhin an. Die NATO muss gestärkt aus dem Prozess hervorgehen, ihre Mitglieder müssen über Konsens geeint sein.

Lange standen nationale Alleingänge im Vordergrund. Doch nun ist man sich wohl einig und zudem darüber im Klaren, dass nur Zusammenhalt zu jener Resistenz, die eine starke Front gegen die bereits präsenten, aber auch nahenden Bedrohungen bildet, führt. Eine Front, die so geeint und stark ist, dass Risiken und Gefahren an ihr abprallen. Nur so kann die NATO ihrem Selbstverständnis als Friedensbewahrerin und Verteidigungsgemeinschaft gerecht werden.

EU-US Gipfeltreffen

Hintergrund

Kaum war der rote Teppich des NATO-Gipfels eingerollt, schon ging es für

Präsident Biden weiter zum ersten, seit sieben Jahren stattfindenden EU-US Gipfel. Wie schon beim G7-Treffen zuvor, sollte hierbei die bei der Münchener Sicherheitskonferenz angekündigte Rückkehr der Vereinigten Staaten auf das internationale Parkett sowie das Einschwören amerikanischer Verbündeter auf eine gemeinsame Linie gegenüber China und Russland oberste Priorität haben. Das von der portugiesischen Ratspräsidentschaft schon im Vorfeld zum Meilenstein der transatlantischen Beziehung erklärte Treffen hatte allerdings das Potential, den Präsidenten vor eine eigene diplomatische Herausforderung zu stellen. Denn neben den angekündigten Themenbereichen Coronavirus und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, Umweltschutz, transatlantischer Handel und Investment sowie regionaler Außen- und Sicherheitspolitik sollten andere, kontroversere Angelegenheiten die Tagesordnung indirekt beeinflussen.

Grund dafür war das Festhalten des seit mittlerweile einem halben Jahr amtierenden amerikanischen Präsidenten an einer Reihe von kontroversen Entscheidungen seines Vorgängers. Dazu gehörten besonders die unter Berufung auf den Schutz der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten erhobenen Importzölle auf Stahl und Aluminium sowie der seit Jahren andauernde Subventionsstreit der Flugzeugriesen Airbus und Boeing. Die amerikanische Blockade des wichtigen Streitschlichtungs-Mechanismus der Welthandelsorganisation durch die Verweigerung der Ernennung neuer Richter war ein weiteres Überbleibsel der Trump-Administration, ebenso wie die ablehnende Haltung gegenüber der CO₂-Beprei-

sung, den im Pariser Abkommen festgelegten nationalen Beiträgen zum Klimaschutz (NDCs) und dem Kohleausstieg.

EU-Handelskommissar Valdis Dombrovskis betonte diesbezüglich bereits vor dem Gipfel, dass von amerikanischer Seite auf Worte Taten folgen müssten, wodurch die europäische Erwartungshaltung noch einmal zum Ausdruck gebracht wurde. Das gegen Ende letzten Jahres abgeschlossene EU-China Investitionsabkommen (CAI) war zwar mittlerweile als Reaktion auf chinesische Sanktionierungen des Präsidenten und mehrerer Mitglieder des Europäischen Parlaments auf Eis gelegt, zeigte aber dennoch, dass die Gefahr einer europäischen Abwendung, weg von ihrem transatlantischen Partner, durchaus real ist.

Dies könnte sich für den Präsidenten allerdings als schwieriger denn gedacht darstellen. Besonders den erwähnten Strafzöllen von 25 Prozent auf Stahl und 10 Prozent auf Aluminium wurde bereits im Vorfeld des Gipfels zugetraut, dass diese sich zu einem potenziellen Brennpunkt entwickeln könnten, erfreuen sich diese doch besonderer Beliebtheit unter amerikanischen Stahlarbeitergewerkschaften und Verbänden. Die Aufhebung ähnlicher Tarife bei der Einfuhr derselben Materialien aus Kanada und Mexiko haben den EU-Spitzen zudem gezeigt, dass das Festhalten an denselben keineswegs in Stein gemeißelt ist.

Von dem im Rahmen seiner ersten Auslandsreise als Präsident stattfindenden Treffen Bidens mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Ratspräsident Charles

Michel ging sicherlich die von beiden Seiten erwünschte Signalwirkung aus, den transatlantischen Beziehungen neuen Schwung zu geben. Gleichwohl müssen auf dem Weg dahin einige von der vorherigen amerikanischen Regierung hinterlassene Hindernisse überwunden werden.

Entwicklung

Nach einer kurzen Aussprache Bidens mit den beiden EU-Institutionsoberhäuptern beim Empfang im EU-Ratsgebäude, bei der Ratspräsident Michel die Rückkehr Amerikas auf der globalen Ebene verkündete, begannen die Diskussionen. Sowohl Michel als auch von der Leyen hatten am vorherigen Nachmittag den kanadischen Premierminister Justin Trudeau bei einem kleineren EU-Kanada Gipfel zu Gast, die Tage standen also ganz im Zeichen der transatlantischen Beziehungen. Da der Zeitplan durch die Abreise des amerikanischen Präsidenten nach Genf eingeschränkt war, wo dieser auf den russischen Präsidenten Wladimir Putin treffen wird, bestand keine Gefahr, dass das Treffen überzogen werden würde. Schnell wurde klar, dass die Gründung von Task Forces oder Working Groups zur Hauptbeschäftigung des Tages werden würde.

Zur Coronavirus-Pandemie einigten sich die Anwesenden auf das Ziel, bis Ende des kommenden Jahres Zweidrittel der Weltbevölkerung geimpft zu haben. Ratspräsident Michel hob die Wichtigkeit internationaler Zusammenarbeit beim Erreichen dieses Ziels hervor und nannte die in diesem Zusammenhang vier wichtigsten Faktoren: Export von Impfstoffen, die COVAX-Initiative der Weltgesundheitsorganisation, Spenden von Impfstoffen und zu guter Letzt die Herstellungskapazität für Impfstoffe. Um

dies gewährleisten zu können, wurde die "Joint EU-US Vaccine Manufacturing and Supply Chain Taskforce" ins Leben gerufen, deren Aufgabe es sein soll, die Impfstoffproduktion anzukurbeln und nötige Lieferketten offen zu halten. Das finale Ziel müsse es sein, COVID in die Geschichtsbücher zu verbannen, so Michel.

Im Bereich des Umweltschutzes waren sich alle Anwesenden über die Notwendigkeit der Einhaltung des Pariser Abkommens einig. Um künftig eine Plattform zur gemeinsamen Kooperation in Umwelt oder Klimafragen stellen zu können, gaben die Partner die Gründung der "EU-US-High Level Action Group on climate change" bekannt. Diese soll sowohl die Europäische Union als auch die Vereinigten Staaten in ihren Zielen, bis 2050 emissionsfrei zu werden, unterstützen und gemeinsam den Rückgang der Artenvielfalt bis 2030 aufzuhalten. Die Gruppe fungiert zudem als das zentrale Instrument der Klimadiplomatie der Partner, um möglichst viele Länder zur Teilnahme an der COP26 Konferenz in Glasgow gegen Ende des Jahres zu bewegen. Darüber hinaus wird sie an der Erstellung eines globalen Rahmenkonzepts für nachhaltiges Investment und Reformen arbeiten. Eine weitere entstehende Gruppe, die "Transatlantic Green Technology Alliance" soll als Forum für Wissensaustausch bezüglich grüner Technologien dienen, damit Amerika und Europa bei der Entwicklung derselben auf gleichem Stand bleiben.

Der seit mittlerweile 17 Jahren andauernde, vor der Welthandelsorganisation (WHO) ausgetragene Streit um staatliche Fördermittel für die beiden Duopolträger der Flugzeughersteller-Industrie, Boeing und Airbus, war -

wie zu erwarten - ebenfalls Gegenstand des Gipfels. Tatsächlich aber fiel dieser in den Zuständigkeitsbereich eines ausschließlich zu diesem Zweck zusammengetretenen Verhandlungsteams um EU-Handelskommissar Dombrovskis und die amerikanische Handelsbeauftragte Catherine Tai. Diese Gruppe war schon vor dem offiziellen Beginn des Gipfels zusammengetreten und konnte am Dienstag eine Übereinkunft präsentieren. Zwar wurde keine endgültige Lösung für den Subventionsstreit gefunden, beide Parteien vereinbarten jedoch eine fünfjährige Phase, in der weder die EU noch die Vereinigten Staaten von Vergeltungszöllen gegenüber der jeweils anderen Luftfahrtbranche Gebrauch machen würden. Dies stellt zwar nur eine temporäre Lösung des Problems dar, wurde aber dennoch von Kommissionspräsidentin von der Leyen als wichtiger Schritt von Rechtsstreit zu Kooperation dargestellt.

Die Tatsache anerkennend, dass sich das Handelsvolumen zwischen der EU und den Vereinigten Staaten im vergangenen Jahr trotz der Pandemie auf fast eine Trillion Euro belief, bemühten sich die Partner darum, diese Entwicklung zu unterstützen. Der aus diesem Grund aus dem Gipfel hervorgegangene "EU-US Trade and Technology Council" soll deshalb als Forum zur beidseitigen Kooperation bei globalen technischen Angelegenheiten dienen und dabei helfen, ungewollte technische Barrieren des transatlantischen Handels zu beseitigen. Die Gruppe würde zum Beispiel damit beauftragt werden, Lösungen für die Engpässe bei der Lieferung von Halbleitern in der europäischen und amerikanischen Industrie zu finden, und neue Lieferketten für diese zu finden,

um im globalen Mikrochip-Markt unabhängiger zu werden, so von der Leyen.

Auch bei der bereits erwähnten brisanten Frage der weiterhin bestehenden amerikanischen Zölle auf europäischen Stahl und Aluminium gab es während des Gipfels weitere Entwicklungen. Laut der Kommissionspräsidentin hatte die amerikanische Seite anerkannt, dass die europäische Stahl- und Aluminiumindustrie keine Bedrohung der nationalen Sicherheit der USA darstellen, und dass die europäischen Hersteller nicht die Schuld für die Überkapazitätsprobleme auf dem internationalen Stahlmarkt trügen, sondern von den Aktivitäten nicht-marktwirtschaftlicher Akteure verursacht würden. Die hierzu auf dem Gipfel getroffene Entscheidung sieht vor, dass die EU ihre tariflichen Gegenmaßnahmen für einen Zeitraum von 6 Monaten aussetzt. Eine gemeinsame Arbeitsgruppe soll in diesem Zeitrahmen eine Lösung für den Zollstreit finden. Dass dies das Bestehen der amerikanischen Zölle für ein weiteres halbes Jahr, sowie das Ausbleiben der entsprechenden europäischen Gegenmaßnahmen bedeutet, blieb unerwähnt. Allerdings würde so der notwendige Raum geschaffen, um praktische Lösungen zu finden, so von der Leyen.

Die transatlantischen Partner stimmten beide der Notwendigkeit einer Reform der Weltgesundheitsorganisation zu. Die WHO benötige stärkere Kapazitäten für die frühzeitige Erkennung weiterer Krankheitsausbrüche und weitere investigative Rechte und Fähigkeiten. Laut der Kommissionspräsidentin wurde die Möglichkeit einer globalen CO₂-Steuer ebenfalls er-

wähnt, und die Welthandelsorganisation als mögliches Instrument für die Durch- und Umsetzung einer solchen ausgemacht.

Da außenpolitische Themen bereits das G7-Treffen und die NATO-Versammlung an den beiden Vortagen bestimmt hatten, wurden diese beim EU-US Gipfel nur vergleichsweise kurz aufgegriffen. Ratspräsident Michel hob die wichtige Rolle der EU in der Aufrechterhaltung des Dialogs über das Nuklearabkommens mit der iranischen Regierung hervor, während sich die amerikanische Regierung zu dem von der EU ermöglichten Belgrad-Pristina Dialog bekannte, nachdem diese unter Bidens Vorgänger ohne Absprache in die politischen Geschehnisse in Kosovo eingegriffen hatte. Von der Leyen erwähnte lobend Präsident Bidens Führungsrolle beim Vorstoß zu einer globalen Mindeststeuer für Unternehmen. Auf die Frage nach China wiederholte sie die bereits bekannte Formulierung, dass China ein starker Konkurrent und bei menschenrechtlichen Themen ein systemischer Rivale sei. Um gleiche Wettbewerbsvoraussetzungen zu garantieren, benötige die EU entsprechende Werkzeuge. Beide Präsidenten betonten die Einigkeit der EU gegenüber Russland und deren Versuchen, die europäischen Staaten zu untergraben. Die Beziehungen zwischen der EU und Russland befänden sich in einer Negativspirale, und man hoffe sie wieder in vorhersehbarere Bahnen lenken zu können.

Kommentar

War es eines der Ziele Bidens, mit seiner ersten Auslandsreise als US-Präsident die traditionellen amerikanischen Verbündeten in Europa davon zu überzeugen, die Rückkehr der USA

auf die internationale Bühne symbolträchtig unter Beweis zu stellen, so war diese Übung von Erfolg gekrönt. Der italienische Ministerpräsident Mario Draghi sprach bereits vom wieder aufbauenden und wiederbestätigenden Prozess der fundamentalen europäischen Allianz mit den USA, und verglich Präsident Bidens Reise nach Brüssel mit dem ersten Staatsbesuch seines Vorgängers in Saudi-Arabien. EU-Ratspräsident Michel sprach bei der auf den Gipfel folgenden Pressekonferenz von Biden bereits als einem verlässlichen Partner, während von der Leyen ihre Beratungen als ein Treffen unter Freunden charakterisierte.

Die so sehr im Kontrast zu seinem Vorgänger stehende staatsmännische Haltung des amerikanischen Präsidenten kann allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit Blick auf zwei der brisantesten Probleme der europäisch-amerikanischen Beziehungen, die Stahl und Aluminiumtarife und den Airbus-Boeing Streit, keine Lösungen gefunden werden konnten. Die fünfjährige Einstellung der beidseitigen Strafzölle in der Luftfahrtbranche kam nur zustande, weil sich die amerikanischen und europäischen Unterhändler nicht auf eine Obergrenze für ihre Subventionen einigen konnten, und es zu vermeiden galt, die Verhandlung nicht völlig ergebnislos zu beenden. Zwar schafft die fünfjährige Periode Spielraum für weitere Verhandlungen, das Problem wird zukünftige Interaktionen zwischen der EU und den Vereinigten

Staaten aber weiterhin beeinträchtigen. Ähnlich verhält es sich bei der weitaus kurzfristigeren Lösung für den Streit um die Stahl- und Aluminiumzölle.

Trotz dieser Einschränkung wird man den EU-US Gipfel vom 15. Juni 2021 als einen in Erinnerung behalten, bei dem es gelang, ein schmerzlich vermisstes Maß an Normalität in die für Europa so wichtigen transatlantischen Beziehungen zu bringen, und somit einen wichtigen Beitrag zur politischen Stabilität zu leisten. Die beschlossene enge Kooperation bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie und des Klimawandels sowie die Vielzahl der aus dem Gipfel hervorgegangenen gemeinsamen Arbeitsgruppen und Foren stellen einen großen Mehrwert für die Europäische Union wie für die USA dar.

Die sichtlichen Schwierigkeiten bei einigen bedeutenden Problemen auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen, zeigen allerdings auch, dass es trotz des neuen Präsidenten für Europa an der Zeit ist, den Optimismus in seinem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten zu zügeln, und nicht davon auszugehen, dass alles wieder beim Alten ist.



Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Hardy Ostry
Leiter
Europabüro Brüssel
www.kas.de/bruessel

hardy.ostry@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)